

## Aktuelle Probleme und Perspektiven der Makropolitik

Eckhard Hein  
Achim Truger

Seit drei Jahren stagniert die deutsche Wirtschaft. Für 2004 wird zwar in allen Prognosen eine leichte Erholung erwartet, die von einem Aufschwung in den USA getragen wird. Sie wird jedoch in Deutschland und Europa zu schwach sein, um die Lage auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Es ist zudem fraglich, ob der Aufschwung in den USA so nachhaltig sein wird, dass er auch über einen längeren Zeitraum die europäische Konjunktur aus der Talsohle ziehen kann.

Im WSI-Konjunkturbericht 2003 präsentieren Klaus Bartsch, Eckhard Hein, Dierk Hirschel, Bernd Mülhaupt und Achim Truger eine ausführliche Analyse der wirtschaftlichen Lage in Deutschland und der Aussichten für 2004. Als wesentliche Ursache für die Stagnation benennen sie einen zu restriktiven makroökonomischen Politik-Mix: Die wachstumsfeindliche Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) habe insbesondere der deutschen Konjunktur geschadet, weil die deutschen Inflationsraten deutlich unter dem von der EZB angesteuerten europäischen Durchschnitt liegen. Die deutsche Lohnpolitik sei nicht in der Lage gewesen, den verteilungsneutralen Spielraum auszuschöpfen und habe so zu Binnennachfrageschwäche und Disinflationsdruck beigetragen. Die durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt geprägte Finanzpolitik habe weiter zur konjunkturellen Destabilisierung beigetragen. Während Bundesregierung und offizielle wissenschaftliche Politikberatung beabsichtigten, den Weg von ausgabenseitiger Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen weiter zu gehen und damit die Ursachen der Stagnation verstärkten, schlagen die Autoren einen expansiv ausgerichteten makroökonomischen Politik-Mix als wachstums- und beschäftigungspolitische Alternative vor.

Ein wesentliches Risiko in der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Konstellation geht von den USA aus. Ingo Schmidt vertritt die These, bei den USA handele es sich mittlerweile um eine „Konjunkturlokomotive ohne Dampf“. Ausgehend von einer militärischen und ökonomischen Vormachtstellung hätten die USA zwar nach dem Zweiten Weltkrieg für die entscheidenden Wachstumsimpulse des anhaltenden Nachkriegsaufschwungs gesorgt. Seit den 1970er Jahren beruhe ihre ökonomische Dominanz hingegen weniger auf überlegenen Produktionsmethoden als auf ihrem Währungsmonopol. Zugleich würden die von der US-Konjunktur ausgehenden Wachstumsimpulse schwächer. Gegenwärtig sei nicht absehbar, dass Japan oder Europa die weltwirtschaftliche Rolle der USA übernehmen könnten. Ebenso unwahrscheinlich sei ein Übergang von der US-Hegemonie zu einer kooperativen Regulierung der Weltwirtschaft.

Die Geldpolitik der EZB gilt vielen als eigentliche Ursache für die gegenwärtige Stagnation in Europa. Im Mai 2003 hat die EZB allerdings eine Evaluierung und Reform ihrer geldpolitischen Strategie vorgenommen, indem sie ihr Inflationsziel als „unter, jedoch nahe

2 %“ präzisierte und die Bedeutung der monetären Analyse für Inflationsrisiken deutlich relativierte. Andrew Watt und Ronald Janssen analysieren diese Modifikation und setzen sich mit den von der EZB genannten Argumenten auseinander. Die angekündigten Veränderungen stellten zwar eine Verbesserung dar, seien aber lediglich als erste Schritte in die richtige Richtung aufzufassen. Die Forderungen vieler Beobachter nach einem höheren und symmetrischen Inflationsziel und nach der Behandlung monetärer Aggregate höchstens als Teil einer umfassenderen Inflationsvorhersage, blieben auf der Agenda.

Über die unmittelbare Kritik an der EZB geht Martin Schürz mit seiner Frage hinaus, ob die Geldpolitik nicht allgemein vor neuen Zielkonflikten stehe. Im Mainstream bestehe zwar weitgehend Einigkeit darüber, dass eine Notenbank unabhängig von der Politik sein und vorrangig Preisstabilität sicherstellen solle. Doch selbst in einem Niedriginflationsumfeld könnten Finanzmarktblasen entstehen. Diese hätten die Diskussion über Aufgaben der Geldpolitik erneut belebt. Eine mögliche Rolle der Geldpolitik bei der Sicherung von Finanzmarktstabilität ziehe jedoch nicht nur Zielkonflikte und Koordinierungsprobleme nach sich, sondern mache zudem auf die Notwendigkeit einer demokratiepolitischen Debatte zur Legitimität unabhängiger Notenbanken aufmerksam.

Ernst Mönnich fragt schließlich nach einem angemessenen Leitbild zur Bewältigung des wirtschaftlichen Stabilisierungsdilemmas. Zunächst wird diskutiert, warum die Versuche der letzten 25 Jahre, angebotsseitig durch Innovationspolitik die unternehmerische Dynamik der Wirtschaft zu beleben, kein Erfolgsrezept darstellten. Die Planbarkeitsillusionen, ein unrealistisches Menschenbild und die nicht beachtete destruktive Dimension dynamischer Marktkräfte auf der sozialen und institutionellen Ebene werden als zentrale Kritikpunkte herausgearbeitet. Auch die Rehabilitation der keynesianischen Fiskalpolitik bedürfe jedoch einer Korrektur. Regeln gegen eine einseitige Anwendung gehörten dabei ebenso wie eine europaweite Abstimmung zu einer Strategie der kurzfristigen Krisenbewältigung. Strukturelle Krisendimensionen erforderten zudem anstelle einer reinen Kaufkraftförderung zusätzlich eine Orientierung an Investitionen in Human- und Sozialkapital.

**Eckhard Hein, Dr.**, ist Leiter des Referats Allgemeine Wirtschaftspolitik im WSI in der Hans Böckler Stiftung.

e-mail: eckhard-hein@boeckler.de

**Achim Truger, Dr.**, ist Leiter des Referats Steuer- und Finanzpolitik im WSI in der Hans Böckler Stiftung.

e-mail: achim-truger@boeckler.de